

Die Protokollantin: Ricki 24. August 2013, Kolpinghaus Bozen

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	2
2	Parteiprogramm	2
3	Diskussion über eine Teilnahme an den Landtagswahlen	9



1 Allgemeines

- 9:20 Begrüßung
- 9:25 Wahl von Versammlungsleiter, Protokollant, Wahlleiter und Wahlhelfern

Versammlungsleiter: Aaron Bruelisauer

Protokoll: ricki

Wahlleiter: smiley

Wahlhelfer: nutella, logos

Versammlungsordnung und Tagesordnung werden einstimmig bestätigt.

2 Parteiprogramm

(9:30 Uhr)

Die Vorschläge für das Parteiprogramm werden Punkt für Punkt abgestimmt.
Die folgende Nummerierung der Programmpunkte entspricht der Reihenfolge der eingegangenen Anträge. (siehe auch pdf-Datei Programmanträge)

Energie

1.1 Wasserkraft (mit den Unterpunkten a bis h)- einstimmig angenommen

1.2 Stromtarife - einstimmig angenommen

1.3 Windkraftanlagen (mit den Unterpunkten a bis c) - einstimmig angenommen

1.4 Photovoltaik - mit einer Gegenstimme angenommen

- Einwurf: gegen negative Formulierungen, könnte man es nicht positiv formulieren?
- Antrag auf Verschiebung dieses Punktes ans Ende, Überarbeitung und erneute Abstimmung (4 Stimmen fürs verschieben, 1 dagegen, 2 Enthaltungen) - nicht angenommen (2/3 Mehrheit fehlt), der Punkt wird nicht nochmals behandelt, sondern in der aktuellen Form ins Programm aufgenommen

1.5 Erneuerbare Energien für Heizung und Warmwasser - einstimmig angenommen

1.6 Energetisches Sanieren und Bauen - einstimmig angenommen



1.7 Stromleitungen - einstimmig angenommen

1.8 Energiegewinnung mit nachwachsenden Rohstoffen

- Antrag auf Streichung von Punkt c - mit einer Enthaltung angenommen
- Unterpunkte a und b (ohne c) - einstimmig angenommen

Umwelt

- Antrag auf Weglassen der Präambel - einstimmig angenommen
- Ordnungsantrag auf 5 Minuten Pause, um Zeitpunkt für Interviews zu klären - einstimmig angenommen
- Fortsetzung der Versammlung um 10.25

2.1 Wasser (mit den Unterpunkten a bis c) - einstimmig angenommen

2.2 Lichtverschmutzung reduzieren - einstimmig angenommen

2.3 Flugplatz - einstimmig angenommen

2.4 Weiterentwicklung des Landesumweltinformationsgesetzes - einstimmig angenommen

2.5 Biotope - einstimmig angenommen

2.6 Trinkwasser - einstimmig angenommen

2.7 Regenwasser und Schnee - einstimmig angenommen

2.8 Feinstaub und Ultrafeinstaub - einstimmig angenommen

2.9 Tiefenbohrungen (mit Unterpunkten a bis c) - einstimmig angenommen

2.10 Müllverwertung (mit Unterpunkten a bis c) - einstimmig angenommen

2.11 Radon - einstimmig angenommen

Landwirtschaft

3.1 Biologische Landwirtschaft:

- Änderungsantrag auf Ersetzen von Unterpunkt d durch: „Alternative Landwirtschaft mit Anbau von rein pflanzlichen Lebensmitteln aller Art begünstigen und verstärkt fördern.“
 - Änderungsantrag auf komplette Streichung von Unterpunkt d - 3 dafür, 2 dagegen, nicht angenommen
 - Gesamter Punkt in abgeänderter Form mit 5 Ja-Stimmen angenommen
- 3.2 Gentechnik - einstimmig angenommen
- 3.3 Biogasanlagen - einstimmig angenommen



3.4 Hormone und Medikamente in der Tierhaltung - einstimmig angenommen

3.5 Wald und Wiese - einstimmig angenommen

Ergänzungsantrag Verbraucherschutz:

Die Piratenpartei spricht sich im Sinne des Verbraucherschutzes für eine genauere Kennzeichnung der Herkunft von Nahrungsmitteln aus. So sollte nicht nur der Ort der Endverarbeitung angegeben werden, sondern vor allem auch die Herkunft der Hauptzutaten, z.B. bei Fleischprodukten das Herkunftsland der Tiere. Produkte, die als regionale, in Südtirol hergestellte Lebensmittel beworben werden, müssen auch tatsächlich komplett in Südtirol produziert worden sein.

Eine genaue Kennzeichnung sollte bei allen Lebensmitteln selbstverständlich sein.

- einstimmig angenommen

Tierrechte

- Ordnungsantrag: Weglassen der Präambel - einstimmig angenommen
- Ordnungsantrag auf Vertagung aller Präambeln (5,7,8)- mit einer Enthaltung angenommen

4.1 Kultur des Tierrechtes:

- Änderungsantrag *Umweltbewusstsein* nicht angenommen (2 dafür, 3 dagegen)
- Originalantrag - angenommen mit 2 Enthaltungen

4.2 Tierhaltung - einstimmig angenommen

4.3 Anlagen für sicheren Wildwechsel - einstimmig angenommen

4.4 Jagd - abgelehnt (2 dafür, 4 dagegen)

4.5 Zirkusse - „Tiere“ wird durch „Wildtiere“ ersetzt: Punkt mit Änderung angenommen

4.6 Schächtung - angenommen mit einer Gegenstimme

4.7 Lotterien mit Lebewesen - angenommen

4.8 Sterilisation - Antrag abgelehnt

4.9 Hundehaltungen - Antrag angenommen (2 dafür, 1 dagegen, 4 Enthaltungen)

4.10 Kontrollorgane

- Änderungsantrag (von Richard) - einstimmig angenommen
- Antrag mit Änderung - einstimmig angenommen



4.11 Strafen - einstimmig angenommen

Bildung

5.1 Zu den Unterpunkten a bis k wird ein weiterer Unterpunkt hinzugefügt (einstimmig):
Wir fordern die Einrichtung berufs begleitender Studiengänge an der Freien Universität von Bozen, wobei das Studienangebot mindestens einen geisteswissenschaftlichen Abschluss ermöglichen muss. Die Vorlesungen müssen abends oder geblockt am Wochenende stattfinden, wobei auch ein E-Learning zumindest in einzelnen Fächern ermöglicht werden soll.

Kompletter Block „Bildung einstimmig angenommen

Wirtschaft und Arbeit

6.1 Reichensteuer - wird nicht behandelt (einstimmig)

6.2 Grundeinkommen - mit einer Gegenstimme angenommen

Mittagspause von 12.20 bis 13.20 Uhr

6.3 Arbeitslosigkeit (mit den Unterpunkten a bis e)

- Abänderungsantrag auf Streichung von c - einstimmig angenommen
- Antrag ohne c - einstimmig angenommen

6.4 Raumordnung

- Abänderungsantrag „Vereinfachung“ anstelle des bisherigen Programmvorschlages- mit einer Enthaltung angenommen
- Ergänzungsantrag: „Landesgesetz gilt, nicht noch eigene Gemeindeverordnungen angenommen

6.5 Wirtschaftsförderung - einstimmig angenommen

Sozialpolitik

7.1 Arbeit - einstimmig angenommen

7.2 Einwanderung - einstimmig angenommen (Präambel fällt weg)



- 7.3 Sozialstrukturen - einstimmig angenommen (später Überschneidung kontrollieren)
- 7.4 Vereinswesen - einstimmig angenommen
- 7.5 Familienpolitik inklusive Ergänzungsvorschlag „Elternkarenz wird vertagt, da noch nicht fertig ausgearbeitet (einstimmig)

Informationstechnologie

8.1 Breitband

- Änderungsantrag: Streichung des Schlussteils ab „Konkret. . .“(im Unterpunkt h)- einstimmig angenommen
- Mit Änderung - einstimmig angenommen

8.2 Open Government und 8.3 Open Source

- Änderungsantrag:
 - 8.2 Open Government*
 - a) Open Data und Open Formats: Öffentliche Daten müssen für jeden leicht und jederzeit zugänglich gemacht werden. Die Veröffentlichung erfolgt leicht nachvollziehbar, unter Nutzung freier Lizenzen, in offenen Dateiformaten und unter Bekanntgabe maschinenlesbarer Quelldaten.*
 - b) Die digitalen Möglichkeiten ermöglichen eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können.*

8.3 Open Source

Die Piratenpartei Südtirol befürwortet den Umstieg auf Open Source Software in den Ämtern wo immer dies möglich ist.

Bei der Anschaffung/Einführung neuer Software ist Open Source Software der Vorzug zu geben.

Bestehende Software ist zu evaluieren und durch geeignete Open Source Software Alternativen zu ersetzen.

Sollte es keine Open Source Software Alternative geben, ist die Möglichkeit zu prüfen, ob eine solche Software entwickelt werden kann. Dadurch könnten Know-How und Arbeitsplätze in diesem IT-Sektor in Südtirol geschaffen werden. Sämtliche Software, welche im Auftrag von Ämtern entwickelt wurde, soll als Open Source der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.



- beide Anträge einstimmig abgeändert angenommen

8.4 Datenschutz

- Abänderungsantrag:

Die Piratenpartei Südtirol setzt sich für einen starken Datenschutz und für das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung ein. Dies umfasst nicht nur die sparsame Erhebung, zweckgebundene Verarbeitung und Nutzung sowie die eingeschränkte Weitergabe von personenbezogenen Daten, sondern ebenso die Stärkung der Rechte des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung personenbezogener Daten zu bestimmen. Im Sinne des Prinzips der Informationssicherheit muss die Vertraulichkeit bei Übertragung und Zugriff sowie die Integrität der gespeicherten Daten gewährleistet sein.

a) Privatsphäre

Wie alle Piratenparteien unterstützt auch die Piratenpartei Südtirol das Recht auf Wahrung der Privatsphäre. Sie ist ein unabdingbares Fundament der demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne Privatsphäre nicht zu verwirklichen. Wenn Behörden Bürger beobachtet, welche nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine grundsätzlich inakzeptable Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre. Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Die Weitergabe personenbezogener Daten von Behörden an die Privatwirtschaft hat in jedem Falle zu unterbleiben.

Besonders fordert die Piratenpartei Südtirol die Stärkung der Privatsphäre in sensiblen Bereichen wie Medizin (Krankenhäusern/Sanitätseinheiten) und bei anderen automatisierten Datenerfassungssystemen wie dem Südtirol Pass, Telepass u.ä. (mögliche Erstellung von Bewegungsprofilen).

b) Ablehnung einer verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung

Die aktuelle Gesetzeslage verpflichtet Anbieter von Telekommunikationsdiensten zu lückenloser Protokollierung aller Telekom- und Internetverbindungsdaten, E-Mail-Verbindungen und Handystandortdaten und Aufbewahrung dieser Daten für sechs Monate. Da davon alle Bürger betroffen sind, spricht man von einer verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung. Diese Vorgehensweise stellt einen Verstoß gegen die Unverletzlichkeit der privaten Kommunikation dar und ist wegen der Unverhältnismäßigkeit der flächendeckenden Überwachung abzulehnen. Die Piratenpartei Südtirol fordert deshalb eine sofortige Abschaffung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung.

- Abänderung einstimmig angenommen



8.5 Zensur und Medienverbote - einstimmig angenommen

Bürgerbeteiligung und Demokratie

9.1 Direkte Demokratie - einstimmig angenommen

9.2 Großprojekte - Ordnungsantrag darauf, diesen Punkt zu vertagen - einstimmig angenommen

Drogen- und Suchtmittelpolitik

10.1 Legalisierung leichter Drogen

- Ordnungsantrag auf Nichtbehandlung dieses Punktes - nicht angenommen
- Antrag 10.1 - mit 2 Gegenstimmen angenommen

Verkehr

11.1 Öffentliche Verkehrsmittel - einstimmig angenommen

11.2 Stadtverkehr - einstimmig angenommen

Politik

12.1 Gehälter und Renten

- Änderungsantrag von smiley im Pad - nicht angenommen
- Ordnungsantrag auf Nichtbehandlung - 2/3 Mehrheit nicht erreicht
- Änderungsantrag, „überdurchschnittlich“ ersetzt durch „angemessen im europäischen Vergleich“ angenommen
- Punkt in der folgenden Form angenommen:
 - a) *Die Piratenpartei spricht sich für eine im europäischen Vergleich angemessene Bezahlung von Politikerämtern aus. Es soll ein finanzieller Anreiz gegeben werden, der die bestausgebildetesten und fähigsten Leute dazu motiviert in die Politik einzusteigen.*



b) *Politikerrenten sind zu kürzen.*

12.2 Privilegien

- Änderungsantrag:
Die Piratenpartei Südtirol befürwortet die Streichung von
-Sonderprivilegien für Politikern
-Sonderfonds für Politiker
-Dienstwagen für Politiker
- Geänderter Antrag - einstimmig angenommen

12.3 Frauen in die Politik

- Antrag auf Nichtbehandlung, da noch nicht fertig ausformuliert - einstimmig angenommen

Transparenz

13 Transparenz - einstimmig angenommen

Südtirol

14.1 Autonomie

- Änderungsantrag (in leicht abgeänderter Form):
Die Piratenpartei Südtirol fordert einen weiteren Ausbau der Autonomie in Form von weiteren Kompetenzverschiebungen von Seiten des Staates in Richtung Provinz. Mittelfristig sollen sämtliche Bereiche vom Staat Übernommen werden außer Verteidigung, Außenpolitik, und Gerichtsbarkeit.
Die Region soll aufgelöst werden und deren Befugnisse auf die Provinz Übergehen.
Insbesondere befürworten wir die baldige Abkoppelung Südtirols vom nationalen Sozialvorsorgeinstitut INPS und die Schaffung eines eigenen Landes-Sozialvorsorge Institutes.

- einstimmig angenommen

14.2 Referendum zur Selbstbestimmung - einstimmig angenommen



Gesundheit

15.1 Kontinuität statt Willkür - einstimmig angenommen

15.2 Medical School - einstimmig angenommen

BBT

16 BBT - einstimmig angenommen

10 Minuten Pause

15.20 Fortsetzung der Versammlung

3 Diskussion über eine Teilnahme an den Landtagswahlen

Der Antritt bei den kommenden Landtagswahlen wird per Mehrheitsbeschluss abgelehnt. (mit einer Stimme für die Kandidatur)

Ende der Sitzung um 16 Uhr

